

9 Jahre Putin

Konkurrenzansagen aus Russland

Zum Ende seiner Amtsführung als Präsident wird Putin noch zum Mann des Jahres 2007 ernannt, was, wie Time Magazine eigens betont, nicht als Kompliment zu verstehen ist; auch Hitler und Stalin hätte man zu ihrer Zeit auf diese Weise ausgezeichnet. Die Bedeutung, die man Putin zugesteht, die Beurteilung seiner Leistungen liegt also, wie die subtile historische Bezugnahme nahelegt, eher im negativen Bereich: Erstens wirft man ihm den Rückfall in die Staatswirtschaft vor, Verstöße gegen die Regeln der Marktwirtschaft und die Freiheit des Eigentums; zweitens sieht man ihn schon wieder auf dem Weg in die Diktatur, und drittens nimmt man ihm das Großmachtgehabe übel, mit dem er gegenüber der Nachbarschaft und dem Rest der Welt antritt. Eingehandelt hat sich Putin diese Vorwürfe, weil er erstens die kapitalistische Reichtumsproduktion für sein Staatswesen zum Funktionieren bringen will, zweitens einen schlagkräftigen Staatsapparat aufbaut und drittens für beides von der Staatenwelt Respekt verlangt. Und wer sich als Staatsmann so etwas vornimmt und in die Tat umsetzt, der hat ein Kampfprogramm aufgelegt, das sich von der Durchsetzung in der Konkurrenz auf den Weltmärkten bis hin zur Beteiligung an den imperialistischen Gegensätzen der höchsten Güteklasse erstreckt.

*

Das ökonomische Leiden, an dem Russland laboriert, rührt nicht aus den Niederlagen einer Weltmarktkarriere; Russland ist nicht globalisierungsgeschädigt, es will sich überhaupt erst in den Weltmarkt einklinken. Das russische Leiden verdankt sich vielmehr der Wende, die die Führer der Sowjetunion in einem außergewöhnlichen Anfall von herrschaftlicher Selbstkritik vollzogen haben. Sie wollten kapiert haben, dass man sich die kostspielige *Feindschaft* des Westens *ersparen* könnte; sie wollten sich auf ein partnerschaftliches Verhältnis mit den Gegnern umstellen und die Vorzüge des Weltmarkts zugänglich machen, von denen man sich in kommunistischer Verbohrtheit bislang *ausgeschlossen* hatte, und haben damit den wohl schnellsten Niedergang einer Weltmacht ohne heißen Krieg eingeleitet. Jelzin hat sich dann im Westen viele Freunde damit gemacht, dass er nach deren Rezepten für Marktwirtschaft und gutes Regieren die Nation ruiniert hat. Putin ist zu Beginn seiner ersten Präsidentschaft angetreten, den Ruin zu stoppen und wieder eine taugliche ökonomische und politische Grundlage der russischen Staatsmacht herzustellen. Dazu musste er die Irrtümer seiner Vorgänger über Kapitalismus und Imperialismus korrigieren.

*

Die Vorstellung, dass in Russland alle Elemente zur Reichtumsproduktion reichlich vorhanden wären, außer eben Kapital, so dass mit der *Befreiung* russischer Produktionsfaktoren aus ihrem planwirtschaftlichen Korsett und ihrer Überantwortung an die kapitalkräftige Privatinitiative auch schon der entscheidende Schritt geleistet wäre; dass man die Fachleute für effektives Geldverdienen auch nur wirtschaften *lassen* müsse, um die Staatsmacht mit einer ergiebigeren ökonomischen Grundlage auszustatten – die Rechnung hat sich gründlich blamiert. Für die Korrektur dieses Fehlers steht Putin. Mit dem Machtwechsel zu Putin steht fest, dass ein anderer Einsatz der Staatsgewalt nötig ist, um die *Dienste des Eigentums*, die es nach seiner Ermächtigung schuldig geblieben ist, zu *erzwingen*. Die politische Macht wird als Geburtshelfer einer funktionierenden kapitalistischen Gesellschaft aktiv.

Ein beispielhafter Fall: Zur *Selbstbehauptung des russischen Staats* hat Putin zuerst einmal dem Ausverkauf der nationalen Reichtumsquellen einen Riegel vorgeschoben. Am Präzedenzfall Yukos wird der Machtkampf mit der missratenen Ausgabe einer russischen Kapitalistenklasse ausgetragen: Mit dem Einsatz des Rechts, der Waffe der Politik, wird die Wirtschaftsmacht der Oligarchen auf eine staatsdienliche Funktionsweise festgelegt; der russische Staat sorgt dafür, dass das Eigentum an den strategischen Rohstoffen in nationaler Hand, unter nationaler Kontrolle verbleibt, und er treibt von der neuinstallierten Kapitalistenklasse die für seine finanzielle Ausstattung erforderlichen Tributeleistungen ein.

Damit steht im Westen ein erster Sündenfall Putins fest, der bis heute bei jedem Einsatz der Staatsgewalt im Dienst an Recht und Ordnung in seiner Ökonomie aufgewärmt wird: Das westliche Publikum, mit Feindbildreflexen ausgerüstet wie der Pawlow'sche Hund, möchte immer deutlicher eine „*Rückkehr zur Staatswirtschaft*“ entdecken, je länger der reale Sozialismus beerdigt ist und je mehr sich Kapitale aller Nationen in Russland tummeln.

*

Das Programm, einen Kapitalismus auf russischem Boden zu inszenieren, mit dem man die Nation in eine Quelle von Reichtum und Macht verwandelt, gerät notwendig zur *Standortkonkurrenz*. Es *ist* der Wettbewerb mit und um Geld, das sich daheim und auswärts „machen“ lässt, und zwar auf Kosten der Nationen, die sich mit den gleichen Berechnungen auf Kooperation einlassen; das

Projekt ist also auch nicht zu haben ohne die entsprechenden Auseinandersetzungen mit den wirtschaftsmächtigen Kontrahenten. Es gibt viel zu verhandeln, welche Dienste von den Konkurrenten zu erwarten sind, welche umgekehrt der russische Standort zu bieten hat. Publik gemacht werden in den letzten Jahren überwiegend die Kollisionen, Beschwerden über Vertragsbrüche, mangelnden Respekt vor ausländischem Eigentum etc. sowie Aufrufe zu einer gerechten Gegenwehr Europas gegen die sittenwidrigen Versuche russischer Konzerne, sich in Europa einzukaufen. Der Streit geht von einer Runde in die nächste. Damit ist dann auch ein zweiter Irrtum der ersten Generation sowjetischer Reformer nachdrücklich widerlegt worden: die Vorstellung nämlich, mit der Zurücknahme der eigenen Feindschaft gegen das kapitalistische System wäre man auf dem Weltmarkt und bei dessen Veranstaltern auch schon willkommen. Von wegen: Nur soweit ist Russland willkommen, wie es sich als benutzbar erweist.

*

Damit Russland benutzbar wird war es unter Jelzin eine Forderung des Westens für Stabilität im Innern zu sorgen. Seitdem Putin Stabilität vor allem als eine Notwendigkeit für den Aufbau eines nationalen Kapitalismus begreift und konsequent herstellt, gilt er im Westen immer mehr als Anti-Demokrat. Wo Putin mit der politischen Neugründung des russischen Staatswesens befasst ist wirft man ihm im Westen vor allem Defizite in punkto Wahlen und freies Meinen vor.

Für diese Kritiker, ihre 5. Kolonne und alle mehr oder weniger militanten Feinde im Inneren erteilt Putin eine Lektion über die Produktivkraft der Gewalt: Die Herstellung von Stabilität beginnt sachgemäß mit einem Krieg. In Tschetschenien, wo ein militanter Sezessionismus im Namen des Islam an die Macht gekommen ist, wird so lange und so gründlich Krieg geführt, bis der Aufstand erfolgreich unter die Terrorismus-Definition gebracht und niedergekämpft, auf ein Bandenwesen reduziert und die russische Südgrenze militärisch befestigt ist; ein wichtiger Erfolg auch im Hinblick auf die benachbarten Krisenherde in Georgien. Nach derselben Methode, die die USA zur Zeit im Irak ausprobieren, wird eine autochthone Bande zur lokalen Obrigkeit ermächtigt, die im eigenen Interesse den Auftrag der Zentralgewalt übernimmt, den verbliebenen Widerstand in Schach zu halten bzw. zu erledigen. Auf diesem Schauplatz ist der Beweis geführt worden, dass die Russische Föderation sich nicht weiter zerlegen lässt; mit soviel Terror wie nötig, um alle Parteien, die ähnliche Bestrebungen verfolgen, davon abzuschrecken, sich dem Moskauer *Anspruch auf ein unumstrittenes Gewaltmonopol* entgegenzustellen. Die Republiken, die damals als nächste Kandidaten für einen Unabhängigkeitskampf gehandelt wurden, beschränken sich seitdem darauf, Sonderbedingungen in Moskau auszuhandeln.

Putin führt einen flächendeckenden Machtkampf um die wirkliche Kontrolle der Zentralgewalt über die Nation. Er hat es dabei auf allen Ebenen – nicht nur bei den 89 Subjekten der Föderation – mit unter Jelzin explizit ermächtigter Insubordination zu tun, mit einem zersetzten und privatisierten Machtapparat. Dagegen setzt er die „*Diktatur des Gesetzes*“, kümmert sich um die Herstellung eines Gewaltmonopols, das dann die Grundlage für die anderswo so genannte „*Herrschaft des Rechts*“ bilden soll.

Was im Westen niemand sehen will, weil sich da immer gleich alles um die Personalfragen der Herrschaft dreht, wird von Putin praktisch durchgezogen: Demokratie ist eine Herrschaftstechnik und wenn sich das Bedürfnis nicht von unten regt, dann muss sie von oben eingeführt werden, damit die Legitimität der Herrschaft und damit die Loyalität der Staatsbürger gesichert ist.

Wahlrecht und Parteiengesetz folgen beispielsweise durchaus westlichen Vorbildern. Für einen russischen Staatsmacher sind aber auch Probleme zu beachten, die den Nutzen für die Stabilität der Herrschaft gefährden. In Russland gibt es z.B. Parteien, die wollen einen ganz anderen Staat und betätigen sich als 5. Kolonne eines feindlichen Auslands. Die müssen bekämpft werden. Andererseits fehlt neben Putins Partei der Macht, welche die Staatsnotwendigkeiten vertritt, eine konstruktive Opposition, welche die Unzufriedenheit im Volk aufnimmt, ihr aber weder recht gibt – das wäre Populismus – noch sie für staatsfeindliche Zwecke missbraucht, sondern zur gültigen Staatsraison passend transformiert. So eine politische Willensbildung, diese vornehmste Funktion demokratischer Parteien soll auch in Russland als nützliche Herrschaftstechnik etabliert werden. Der Parteienlandschaft in Russland fehlt unter anderem eine Partei, die Putin selbst nie wählen würde: „*Ich wünschte mir ein verantwortliches sozialdemokratisches Element in der russischen Politik-Szene. Kein Relikt aus der Vergangenheit wie die KPRF, sondern eine richtige moderne linke Partei.*“

*

Russland macht ganz praktisch schlechte Erfahrungen mit seinen neuen Partnern: Die westliche Sympathie für die neue Macht gilt der *Auflösung der Sowjetunion*, besteht auf der Zertrümmerung der verbliebenen Mittel nach dem Prinzip, dass der Rechtsnachfolger nie wieder zu einer ernstzunehmenden Macht aufwachsen darf. Alles was Russland vorhat, wird als eine Angelegenheit behandelt, die der *Zulassung* durch den Westen bedarf. Nach außen werden auf die Weise alle russischen Interessen bestritten, nach innen lauter Vorschriften für das Gebaren der russischen Staatsgewalt erlassen. Amerika erhebt den Anspruch auf die fortgesetzte Selbstentmachtung Russlands, zusammengefasst im unnachahmlichen Vorwurf von Condoleezza

Rice, der russische Präsident habe „zuviel Macht“. Dagegen setzt Putin eine klare Ansage: Russland lässt sich sein Recht nicht nehmen, kämpft um dessen Geltung und eine entsprechende *Korrektur der Kräfteverhältnisse in der Staatenwelt*. Die Hierarchie, die von Amerika angeführt wird, braucht dringend eine perestrojka. Dafür muss die Nation nicht nur kapitalistisch umgekrempelt werden. Dafür sind vielmehr enorme Anstrengungen nötig, um die Grundlage eines russischen Imperialismus zu schaffen:

- Russland tritt an in einem Konkurrenzkampf, in dem die *nationale Basis*, Ökonomie und Staatszusammenhang, gegen auswärtige Destruktion *gesichert* und zur *Durchsetzung* nationaler Interessen tauglich gemacht werden muss. Die Defizite der nationalen Ökonomie werden als *Sicherheitsrisiko* bewertet, der kapitalistische Aufbau als *strategische* Notwendigkeit vorstellig gemacht. Um die Gefährdung sogar des Bestands der Nation abzuwenden, *muss* das Wachstumsprogramm gelingen.
- Wenn Putin etwas begriffen hat und sich damit unbeliebt macht, dann dies: Der wichtigste Hebel zur Wiederherstellung von Anerkennung in einer Welt, deren Ordnung in den Händen der USA und ihrer Verbündeten liegt und gerade durch mehrere Kriege durchexerziert wird, sind immer noch die Waffen.
- Russland schaltet sich in Weltordnungsfälle ein, die Amerika betreibt. Es weiß sich befugt, wo immer Amerika seinen Aufsichtsanspruch geltend macht und Staaten überfällt, alternative Wege des Umgangs mit diesen Staaten vorzuschlagen, und dieses Vorschlagswesen ist nichts Geringeres als das Verlangen des russischen Staates, Amerika habe seine Politik, sein Interesse und seine Instrumente am russischen Interesse zu *relativieren*.

*

Russland präsentiert sich als die bessere Weltordnungsmacht: Es tritt auf im Namen des *Prinzips der Souveränität*, auf deren Anerkennung alle Staaten ein Anrecht haben, das die Grundlage eines zivilisierten Staatenverkehrs bildet – beruft sich also gegen die menschenrechtliche Fortschreibung des Völkerrechts, mit der Amerika und seine Helfershelfer sich dazu berufen erklären, andere Staaten umzukrempeln, auf ein allgemeines Interesse. Es beansprucht den Titel und die Sympathien für einen ehrlichen Makler, der ohne jeden Eigennutz, nur im Interesse an geregelten friedlichen Beziehungen unterwegs ist. Wiederholt konstatiert Putin, dass sich sein Russland an „*keinem heiligen Krieg*“ beteiligen wird, streicht damit die eigene, im Vergleich zum missionarischen Fanatismus gewisser anderer Mächte wohlthuende Zurückhaltung heraus, tritt auf als Verteidiger und Retter der Weltordnung mit ihren heiligen Prinzipien der Anerkennung von Souveränität, als Anwalt einer *gerechteren* und *verträglicheren* Weltordnung – und „beantragt“ in Worten wie Taten eine Korrektur in der Hierarchie der Gewalten, die der Größe Russlands gerecht wird.